

# Sächsische Vorfzeitung und Elbgau- presse

Verlagspreis: Vierteljahrsheft Dresden Nr. 31302  
Zeil.-Nr.: Elbgau-Verlag

Zust.-Rum.: Stadtm. Dresden, Straße Bischof Nr. 20  
Post.-Rum.: Nr. 512 Dresden

mit Loschwitzer Anzeiger

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Hirsau, Bismarck, Rodwitz und Landegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpörsitz, Hofterwitz, Plönitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgau-Verlagerei und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Dresden-Bismarck. — Verantwortlich für Lokales Carl Drach, für den übrigen Inhalt Eugen Berner, beide in Dresden.

Druck: Elbgau-Druckerei, Dresden-Bismarck. — Bei dem Reichsanzeiger (Jahrgang) 57. Jahrgang

111 Donnerstag, den 14. Mai 1925

## Die Vorbereitung der Amnestie

### Die „Korruptierten“ ausgenommen?

Die Reichsregierung hat die Vorarbeiten zum Erlaß einer Amnestie, die als besonderer Gnadenakt aus Anlaß des Amtsantritts des neuen Reichspräsidenten verhängt werden soll, immer noch nicht zu Ende geführt. In die Landesregierungen in erster Linie dazu berufen sind, ihr Einverständnis zu den Abmachungen der Reichsregierung zu erklären, wird noch mindestens eine Woche vergehen, ehe man zu einem endgültigen Ergebnis gelangt sein wird. Weder die Einzelheiten der geplanten Begnadigungen wird vorerst noch genaues Stillschweigen gewahrt. Es versteht sich aber in unterrichteten Kreisen, daß der Amnestie gewisse Beschränkungen auferlegt und daß nicht durchweg alle Straftaten mit Vergessen werden können. Vielmehr soll es sich um gewisse, bestimmte „Korruptierte“ handeln, die als „gefährliche Elemente“ der Freiheit zurückgegeben werden.

In den Kreisen des Rechtsausschusses des Reichstages ist man verstimmt darüber, daß der Reichspräsident dem Ausschuss seine näheren Mitteilungen über die Absichten der Reichsregierung machen will. Man fordert, daß das Parlament zu dieser Frage gehört wird, da ein dringendes Interesse vorliegt, daß die Amnestie gleichmäßig gehandhabt wird. Der Reichspräsident wird unter mehr in der nächsten Sitzung des Rechtsausschusses nähere Aufklärungen erteilen. Am Morgen hat die Amnestie infolge einer gewissen zweiseitigen Bedeutung, als bei dieser Gelegenheit ein Konflikt zwischen Bayern und dem Reich beizulegen werden kann. Bekanntlich hat der Reichstag die Ratifizierung aller von dem bayerischen Volksgerichtshof geäußerten Urteile gefordert. Dieser Reichstagsbeschluss wurde von Bayern als ein schwerer Eingriff in die bayerische Rechtssoberkeit betrachtet. Trotz monatelanger Verhandlungen war es deshalb nicht möglich, den Beschluss des Reichstages zur Durchführung zu bringen. Die Reichsregierung ist aber gezwungen, dem Willen des Parlamentes Folge zu leisten und hat daher wiederholt in der Frage der Volksgerichtshofurteile in München vorstellig werden müssen. Wenn jetzt die Volksgerichtshofurteile durch die Amnestie aufgehoben werden, so erleidet sich dieser Streitfall von selbst, ohne daß es zu weiteren juristischen Auseinandersetzungen zwischen Bayern und dem Reich zu kommen braucht.

In parlamentarischen Kreisen erwartet man, daß die angekündigte Amnestie den Grundfragen entsprechen wird, die in früheren Fällen maßgebend waren. In erster Linie sollen die Opfer der innerpolitischen Erschütterungen begnadigt werden, damit für die Instabilität und die Zeit der politischen Katastrophen eine Art Wiederherstellung erfolgt. Man hat dabei hauptsächlich zwei Momente im Auge: erstens die außerordentlichen Zustände nach dem Ruhrkriegsabbruch und zweitens das Unternehmen Hitlers. Darüber hinaus sollen aber auch andere mit den politischen Wirren zusammenhängende Verstraffungen aufgehoben werden, wie zum Beispiel die der Rathenau-Affäre und andere. Die Sozialdemokratie verlangt die Begnadigung Dr. Seliger's, der ihrer Meinung nach viel zu hart bestraft worden ist. In diesem Falle eine Einigung zuzufinden ist, ist aber schwer vorzusagen. Von rechtshebender Seite wird mit Nachdruck betont, daß die Amnestie unter keinen Umständen solchen Personen zugute kommen darf, die an den Korruptionserschütterungen der letzten Jahre beteiligt sind. Das zielt auf Barmat, Kunze und ähnliche Personen oder Fälle ab.

Man muß abwarten, ob die Amnestie zu breiten allgemeinen Güten in dieser Hinsicht einschneidende Bestimmungen oder Ausnahmen bringen wird. An Barmat und Kunze ist in der Vorantersichtung tatsächlich so wenig wirksamer Schutz geboten, daß eine „Barmat“ sich wirklich kaum rechtfertigen dürfte.

### Sicherheitspakt und Entwaffnung

#### Der Entwurf der Note an Deutschland

Der Dienstag durch den französischen Ministerrat gebilligte Entwurf einer Note in der Frage des Abschlusses eines Garantiepaktes für die Rheinlande ist am Nachmittag dem englischen Botschafter überreicht worden. Das gleiche Vorhaben wird, wie Hans berichtet, auch gegenüber Belgien eingeschlagen werden. Italien wird nicht erwähnt. Erst nachdem ein Einverständnis unter den Alliierten über den Text der Note erzielt worden sei, werde die französische Antwort in Berlin überreicht werden. Der Notentwurf, so heißt es im Hansbericht weiter, ist von den Ministern gütlich aufgenommen worden. Er scheint tatsächlich Konkretheit und Weitblick zu zeigen. Was entspricht, das deutsche Angebot als ungenügend zurückweisen, bekommt Frankreich damit den guten Willen, mit dem ehemaligen Feind nach Mitteln zu suchen, um weitgehende Friedensbürgschaft durchzuführen, denn es sei die Ansicht der französischen Regierung, daß der deutsche Vorschlag nur Interesse haben könne, wenn er nicht nur den Frieden festhalte, sondern die bestehenden Vertragsabmachungen verfestige. Das gleiche gelte von dem in Kraft befindlichen Uebereinkommen über die Befestigung der Rheinlande. Die Schlussfolgerungen des ins Auge gefassten Paktes dürften selbstverständlich den Rechten und Interessen der Länder Mitteleuropas, wie Polen, Litauen, Tschechien und Jugoslawien, keinen Abbruch tun. Endlich könne das Abkommen nur unterzeichnet werden, wenn Deutschland in den Völkerverbund einträte. Die Mitteilung schließt, das seien die hauptsächlichsten Grundzüge, die die französische Antwort enthalten. Man müßte jedoch hinzufügen, daß sie nicht einen Fragebogen an die Reichsregierung richte, wie das vorangegangene Ministerium beabsichtigt hätte, so daß alles in letzter Linie von Deutschland abhängt, wenn es

#### Frankreichs Einstellung zu Hindenburg

Zum Amtsantritt von Hindenburg äußern sich Mittwoch die beiden maßgebenden Abendblätter.

„Temps“ schreibt: In einem Aufrufe an das deutsche Volk hat sich der Marschall-Präsident bemüht, zu beweisen, daß er eine gesunde Auffassung von seinen konstitutionellen Pflichten hat. Von der Beharrlichkeit, mit der er den Friedensgedanken unterstreicht, muß Kenntnis genommen werden, denn sie entspricht gewiß einer geschickten und wohlorganisierten politischen Absicht. Wünschen wir für die Prosperität Europas und Deutschlands selbst, daß Hindenburg sich nicht als der Marschall-Präsident des Friedens in dem gleichen Sinne erweist, in dem Wilhelm II. sich als Friedenslächer erwiesen hat. Die Frage der Entwaffnung Deutschlands und die eines eventuellen Abschlusses eines Paktes gegenseitiger Sicherheitsgarantie werden es ihm gestatten, vor den Augen aller die Aufrichtigkeit seiner Absichten zu beweisen.

Im „Journal des Debats“ steht: Gestern hat der neue Reichspräsident die kategorischsten Versprechungen gegeben. Er hat unter der schwarz-rot-goldenen Fahne den Eid geleistet und die Uniform mit dem Zibitor verwechselt. Es gilt zu erfahren, welche Wirklichkeit sich hinter diesen Versicherungen verbirgt. Der Aufruf des Nachfolgers von Ebert an das deutsche Volk enthält nichts Beeindruckendes. Er ist sehr klug abgefaßt. Er enthält jedoch den Keim eines Programms, dessen Entwidlung weit führen kann. Der Alfeldmarschall erklärt namentlich, er habe Vertrauen in den großen Gedanken der Gerechtigkeit, der dem deutschen Volk Gelegenheit geben wird, einen seiner selbst würdigen Platz in der Welt wieder zu erobern. Außerdem sagt der Marschall, er werde seine ganze Kraft darauf verwenden, um den deutschen Namen von dem ungerech-

#### Arbeitseinschränkung im Ruhrgebiet

Die Verwaltung des Ruhrgebietes hat den Antrag der Gewerkschaften angenommen, daß sie sich infolge der sehr ungünstigen wirtschaftlichen Lage gezwungen sehe, einer Anzahl von Beamten und Arbeitern zu kündigen. Gleichzeitig wird den Beamten und Arbeitern des Martinstwerkes für den Fall gekündigt, daß dieses Werk infolge der Arbeitseinschränkung der Raurer stillgelegt werden muß.

#### Der neue amerikanische Botschafter

Der zum amerikanischen Botschafter in Berlin ernannte bisherige außerordentliche Befandte in Peking Schurman hatte eine Beratung mit Präsident Coolidge. Weitere Besprechungen mit Staatssekretär Cologga und Beamten des Staatsdepartement folgen. Der Botschafter gedenkt in etwa einem Monat nach Berlin abzureisen.

### Kritische außenpolitische Situation

Während die innenpolitische Situation in Deutschland nach dem Amtsantritt des Reichspräsidenten von Hindenburg eine wesentliche Klärung erfahren hat, bestimmt der Stand der außenpolitischen Probleme immer schärfer und bestimmt zu werden. Von Tag zu Tag treffen neue Meldungen aus Paris und London ein, aus denen hervorgeht, daß die alliierten Regierungen Deutschland in der Entwaffnungsfrage neue Bedingungen auferlegen wollen und dadurch eine weitere Verschärfung der Räumung der nördlichen Rheinlande einzutritt. In den Kreisen des Berliner auswärtigen Amtes erklärt man, daß die gegenwärtigen Unterhandlungen zwischen London und Paris zwar vorübergehend zu einer Annäherung zwischen England und Frankreich geführt haben, daß aber noch immer die Möglichkeit vorhanden ist, eine Aenderung der gegenwärtigen Position herbeizuführen. Die zentrale Diplomatie werde jetzt vor die schwierigste Aufgabe gestellt, in Paris und London eine stärkere Atmosphäre zu schaffen, nachdem durch die Unterbrechung der Diskussion über die Entwaffnungsfrage neue Diskussionen und neue Entschärfungen einzuweisen sind.

Am ernsten deutet man die Absicht der alliierten Regierungen, eine neue Generalinspektion in Deutschland vorzunehmen, um dann einen abermaligen Bericht der Militärkontrollkommission herauszugeben. In manchen Kreisen der letzten Generalinspektion sowie der letzten Bericht der Militärkontrollkommission die Erfahrung gemacht hat, daß monatelange Über die Formulierung des Berichtes verhandelt wird und immer neue Konfliktstoffe geschaffen werden, würde die Reichsregierung dem Annehmen, eine nochmalige Generalinspektion vorzunehmen, energischen Widerstand entgegenzusetzen. Deutschland kann auch nicht der Auffassung zustimmen, daß die Räumung der nördlichen Rheinlande von der Durchführung der alliierten Bedingungen durch Deutschland abhängig sei. Vielmehr muß die Reichsregierung am Standpunkt festhalten, daß die Räumung auf Grund der Bestimmungen des Versailler Vertrages erfolgen muß und nicht auf Grund ganzlich neuer Bedingungen an Deutschland.

In den Kreisen des Berliner auswärtigen Amtes hat man den Eindruck, daß die alliierten Regierungen die Lösung der Entwaffnungsfrage hinauszögern wollen, um auf Deutschland einen Druck auszuüben, damit es in der Entwaffnungsfrage den alliierten Wünschen nachgibt. Eine solche bedingungsweise Bewandlung des Entwaffnungsproblems mit der Entwaffnungsfrage muß von Deutschland nachdrücklich abgelehnt werden, da der ganze Fragenkomplex, der mit dem Garantieproblem zusammenhängt, einer unabhängigen und gründlichen Prüfung bedarf.

Die Entwaffnungsfrage hat offensichtlich für Deutschland eine bedrohliche Wendung angenommen. Sie ist gegenwärtig die härteste Belastungsprobe für die deutsche Außenpolitik, da von ihrer Lösung auch die Regelung aller anderen außenpolitischen Fragen abhängt. Solange die jetzige Konfliktstimung besteht, kann nämlich weder in der Völkerverbundfrage noch in der Frage der Sicherheitsgarantie eine brauchbare Verhandlungsgrundlage geschaffen werden. Die Reichsregierung nimmt gerade den entgegengegesetzten Standpunkt ein wie Frankreich, indem sie ihrerseits zuerst eine Vereinbarung der Entwaffnungs- und Räumungsfrage fordert, ehe über so schicksalsschwere Angelegenheiten wie Sicherheitspakt und Eintritt in den Völkerverbund entschieden werden kann. Die Reichsregierung wird in ihren nächsten diplomatischen Schritten klar zum Ausdruck bringen, daß Deutschland verhandlungsbereit ist, daß es aber ablehnen muß, ein neues Diktat entgegenzunehmen. Man nimmt an, daß bereits in der kommenden Woche endgültig